

Vorschau auf die Landratssitzung vom 28. November 2019

An der nächsten Landratssitzung befasst sich das Parlament schwergewichtig mit der künftigen Strategie des Kantonsspitals Baselland, mit neuen Kompetenzen der Gemeinden in der Regionalplanung und mit mehr Mitteln für die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität.

Nach der gescheiterten Spitalfusion zu einem Universitätsspital Nordwest im Februar dieses Jahres muss das **Kantonsspital Baselland (KSBL)** aufzeigen, mit welcher Strategie es sich – nun alleine – erfolgreich entwickeln soll. Die Strategie heisst «Fokus» und wurde vom Regierungsrat (als Eigentümerversorger) bestätigt. Zusammengefasst bedeutet «Fokus», dass der Standort Liestal als Hauptstandort erhalten bleiben soll, Bruderholz als stationärer Standort zurückgebaut und auf die Disziplinen Orthopädie, Rehabilitation und Geriatrie konzentriert wird und Laufen zum rein ambulanten Gesundheitszentrum wird. Damit diese Strategie möglichst rasch umgesetzt werden kann, muss der Landrat zwei Darlehen in der Höhe von insgesamt CHF 153 Mio. zugunsten des KSBL in Eigenkapital umwandeln. – *Die vorberatende Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission hat die Strategie für gut befunden und beantragt dem Landrat einstimmig, dem Landratsbeschluss zur Umwandlung der beiden Darlehen zuzustimmen. (Traktandum 6; [zum Geschäft](#))*

Um dem Verfassungsauftrag Gemeindestärkung (VAGS) gerecht zu werden, wurde eine neue paritätische Form der Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden im Rahmen von sogenannten VAGS-Projekten etabliert: Die Gemeinden sollen dadurch gestärkt werden, dass die Aufgaben von Kanton und Gemeinden zweckmässig zugeordnet werden. Eines der vordringlichsten Themen stellt die Regionalplanung dar, weshalb die Anpassung des **Raumplanungs- und Baugesetzes** Gegenstand des ersten VAGS-Projekts ist. Die Änderungen ermöglichen, dass sich Gemeinden künftig für gemeinsame Aufgaben der Raumentwicklung in regionalen Zweckverbänden zusammenschliessen, gemeinsam ein regionales Entwicklungskonzept und einen regionalen Richtplan erarbeiten und Perimeter, Themen und Aufgaben entsprechend den regionalen Bedürfnissen selbst festlegen können. Der Kanton leistet eine einmalige Anschubfinanzierung von CHF 1 pro Einwohner für die regionalen Zweckverbände. – *Die vorberatende Bau- und Planungskommission beantragt dem Landrat einstimmig, der Gesetzesänderung zuzustimmen. (Traktandum 7; [zum Geschäft](#))*

Polizei und Staatsanwaltschaft sollen zur Bekämpfung der **Cyber-Kriminalität** bedeutend mehr Mittel in die Hand bekommen. Angesichts stark ansteigender Fallzahlen und einem hohen volkswirtschaftlichen Schaden will der Regierungsrat dem Phänomen mit einer umfassenden Strategie begegnen. Sie umfasst die Elemente Aus- und Weiterbildung, Spezialisierung, Repression und Prävention. Zur Umsetzung der Cyber-Strategie sollen die Polizei 13 und die Staatsanwaltschaft drei neue Stellen erhalten, welche eine gemeinsame «Cyber-Unit» bilden sollen. Die Schaffung der neuen Stellen hat ab 2020 als grössten Kostenfaktor wiederkehrende Aufwendungen von rund CHF 2 Mio. pro Jahr zur Folge, die mit der Vorlage bewilligt werden sollen. – *Die vorberatende Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen, dem Massnahmenbündel zuzustimmen. (Traktandum 8; [zum Geschäft](#))*

Nebst diesen und anderen Sachvorlagen sind auch zahlreiche parlamentarische Vorstösse traktandiert. Der Wortlaut aller Vorstösse und die Stellungnahmen des Regierungsrats sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.